

I. Hintergründe zum Ukraine-Konflikt

Ein Arbeitsmaterial des Helmut-Michael-Vogel Bildungswerkes der DFG-VK Bayern

Krieg in der Ukraine – Gefahr für den Frieden in Europa

Wieder Krieg mitten in Europa - das war lange Zeit kaum vorstellbar. Nun müssen wir zur Kenntnis nehmen: In der Ukraine findet eine militärische Auseinandersetzung statt, die das Land auf Dauer zu zerreißen droht und den Frieden in Europa gefährdet. Der Ukraine-Konflikt birgt ein gefährliches Eskalationspotential. Wird er nicht entschärft, könnte das zu einer massiven militärischen Konfrontation zwischen West und Ost führen.

Orientierung nach West oder Ost – die Ukraine, ein gespaltenes Land

Die Ukraine ist kulturell und sprachlich gesehen ein geteiltes Land. Der Westen ist schon seit langer Zeit auf Mittel- und Westeuropa ausgerichtet und man spricht dort Ukrainisch. Der Osten hingegen orientiert sich stark nach Russland, die gängige Sprache ist dort auch Russisch. Die Krim und die heute Donbass genannte Gegend um die beiden Städte Lugansk und Donezk sind überwiegend russisch-sprachig. Das liegt daran, dass mit der beginnenden Industrialisierung Ende des 19. Jahrhunderts und vor allem in der Sowjetzeit russischsprachige Facharbeiter einwanderten, im Südosten der Ukraine auch russische Bauern.

Die Ukraine im Widerstreit von Wirtschaftsinteressen

Die Ukraine hat in wirtschaftlicher Hinsicht einiges zu bieten: Rohstoffe wie Kohle, ertragreiche Agrarflächen, billige Arbeitskräfte und potentielle Konsumenten. Der Westen wie auch Russland möchten sich Zugriffsmöglichkeiten auf diese Region sichern. Traditionell ist die Ukraine bisher wirtschaftlich stark mit Russland verbunden. Russland starke ökonomische Interessen in der Ukraine. Die Industrie im östlichen Teil der Ukraine war z.B. ein wichtiger Zulieferer für die russische Rüstungsindustrie. Moskau wollte die Ukraine auch in die 2009 gegründete Zollunion einbinden, in der Russland, Weißrussland und Kasachstan zusammen geschlossen sind.

Ukraine und EU – eine Annäherung mit Risiken

Im Jahr 2005 beginnt die damalige, westlich orientierte Führung der Ukraine Verhandlungen mit der EU über ein Assoziierungs-Abkommen. Es sieht vor, dass alle Zölle und Mengenbegrenzungen im Warenverkehr wegfallen. Die Ukraine verpflichtet sich zum freien Warenaustausch, d.h. sie muss ihren Markt für Produkte aus der EU öffnen. Ukrainische Industrieprodukte haben in der EU dagegen kaum Chancen – sie sind im Vergleich zu Waren aus dem Westen nicht konkurrenzfähig.

Abkommen auf Eis – massive Proteste im Land

2012 ist das Assoziierungs-Abkommen mit der EU unterschriftsreif. Die amtierende russlandfreundliche Regierung unter Präsident Janukowitsch hat Bedenken wegen der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der ukrainischen Wirtschaft und legt das Abkommen im November 2013 auf Eis. Die Entscheidung der ukrainischen Führung, das Abkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, führt zu massiven öffentlichen Protesten, die unter dem Namen des Hauptplatzes in Kiew „Maidan“ bekannt werden.

Hoffnungen auf die EU und Protest gegen ein korruptes Regime

Die Bürgerinnen und Bürger, die meist in Kiew und in den westlichen Landesteilen der Ukraine auf die Straße gehen, hoffen auf die bessere wirtschaftliche Entwicklung durch den Vertrag mit der EU. Es geht auch um die demokratische Öffnung und um den Protest gegen das Regime von Janukowitsch, das als extrem korrupt gilt. Die Demonstrationen werden von sehr unterschiedlichen politischen Kräften getragen, darunter sind auch sehr aktive nationalistische und faschistische Gruppen.

Massive Proteste und ein Vermittlungsversuch

Die Proteste setzen Janukowitsch und seine Regierungsmannschaft unter erheblichen Druck. Die Lage eskaliert, im Januar und Februar 2014 sterben mehr als hundert Menschen bei Straßenkämpfen. Am 20./21. Februar unternehmen die Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs und Polens in Kiew einen Versuch zur Vermittlung zwischen

den Konfliktparteien. Ergebnis: Vertreter der ukrainischen Opposition und der Regierung unterschreiben ein Abkommen zur Beilegung des Konflikts. Janukowitsch akzeptiert, nur noch bis Jahresende 2014 im Amt zu bleiben, dann sollen Präsidentschaftswahlen stattfinden.

Umsturz in Kiew - Janukowitsch wird abgesetzt

Die Demonstranten auf dem Maidan lehnen die Vereinbarung ab. Noch bevor sie umgesetzt werden kann, kommt es zum Umsturz: Janukowitsch fürchtet um sein Leben und setzt sich am 21. Februar in den Osten der Ukraine ab, später flieht er weiter nach Russland. Die Abgeordneten des Parlaments erklären Janukowitsch – im Widerspruch zur ukrainischen Verfassung - am 22. Februar für abgesetzt. Sie rufen für Mai Präsidentschaftswahlen aus. Eine neue, westlich orientierte Übergangsregierung unter Beteiligung rechtsradikaler Gruppen übernimmt die Macht.

Bewaffnete besetzen Regierungsgebäude auf der Krim

Ende Februar 2014 kommt es auf der Halbinsel Krim zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der neuen ukrainischen Führung. In Simferopol, der Hauptstadt der Krim, werden Regierungsgebäude von Bewaffneten besetzt. Sie sagen, sie müssten die russische Bevölkerung verteidigen. Im März sind auf dem Territorium der Krim zahlreiche Kämpfer zu beobachten, die keine Abzeichen auf der Uniform tragen. Zunächst streitet Moskau ab, dass es sich um Russen handelt. Monate später räumt Präsident Putin ein, dass russische Soldaten schon früh auf der Krim im Einsatz waren.

Referendum auf der Krim: Die Mehrheit votiert für Russland

Am 16. März 2014 findet das umstrittene Referendum über den Beitritt der Krim zu Russland statt. Bei diesem Referendum stimmt die Mehrheit für den Anschluss an Russland. Die EU, die USA und die Übergangsregierung in Kiew kritisieren die Abstimmung als Verstoß gegen die ukrainische Verfassung und als Bruch internationalen Rechts. Sie sprechen von einer Annexion der Krim durch Russland. Die EU und USA beschließen Wirtschaftssanktionen, um Druck auf Russland zu machen.

„Unabhängige Volksrepublik“ in der Ostukraine

Anfang April 2014 weitet sich der Konflikt aus: In mehreren Städten der Ostukraine besetzen prorussische Separatisten Verwaltungsgebäude. In Donezk rufen sie die „unabhängige Volksrepublik“ aus. Die Übergangsregierung in Kiew reagiert mit einer so genannten "Anti-Terror-Operation". Sie entsendet reguläre Truppen der Armee und teilweise faschistische Freiwilligenverbände in die Ostukraine, um gegen die Separatisten zu kämpfen. Es ist der Beginn einer militärischen Auseinandersetzung, der in der Folge Tausende von Soldaten und Zivilisten zum Opfer fallen.

Referendum auch in der Ostukraine

Am 11. Mai 2014 findet in der Ostukraine eine umstrittene Abstimmung statt. In Donezk und Lugansk sind die meisten, die abstimmen, für eine Unabhängigkeit von der Ukraine. Am 25. Mai gibt es Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Der Milliardär Petro Poroschenko wird zum neuen Präsidenten gewählt. Er strebt den Beitritt der Ukraine zu EU und NATO an. Ende Juni unterzeichnen Vertreter der Ukraine und der EU das Assoziierungsabkommen, das der frühere Präsident Janukowitsch gestoppt hatte.

Verhandlungen in Minsk - Einigung auf eine Waffenruhe

Im Herbst 2014 finden in der weißrussischen Hauptstadt Minsk Verhandlungen der ukrainischen Konfliktparteien statt. Am 5. September einigen sich die ukrainische Regierung und die Separatisten auf eine Waffenruhe. Diese soll von der OSZE überwacht werden. Außerdem ist im Minsker Abkommen vom Abzug der bewaffneten Einheiten die Rede. Weiterer wichtiger Punkt: Das Parlament in Kiew soll ein "Gesetz über den Sonderstatus" von Gebieten in der Ostukraine erlassen. Damit soll die Einrichtung einer lokalen Selbstverwaltung in Donezk und Lugansk ermöglicht werden. Die vereinbarte Waffenruhe wird nicht eingehalten, beide Seiten kämpfen weiter.

Neuer Anlauf in Minsk: Wieder Vereinbarung zur Waffenruhe

Zu Beginn des Jahres 2015 nehmen die Kämpfe in der Ostukraine an Intensität zu. Anfang Februar starten Kanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Hollande eine neue diplomatische Initiative. Am 11. Februar finden in Minsk Verhandlungen statt, an denen Merkel, Hollande, Poroschenko und Putin beteiligt sind. Die Gespräche dauern die ganze

Nacht, am Morgen des 12. Februar wird eine Einigung verkündet: Waffenruhe ab dem 15. Februar im Kriegsgebiet Donbass. Wieder sollen die schweren Waffen abgezogen und das Minsker Abkommen vom September 2014 umgesetzt werden.

II. Wer hat welche Absichten? - die Positionen im Ukraine-Konflikt

Gebrochenes Versprechen: Die NATO rückt nach Osten vor

1990, nach dem Ende des Kalten Krieges, versichern hochrangige Vertreter des Westens: Die NATO wird sich nicht nach Osten ausdehnen. Das Gegenteil geschieht: Die NATO rückt in den Jahren nach dem Mauerfall weit in Richtung Russland vor. Zahlreiche Staaten Osteuropas werden in das Militärbündnis aufgenommen. Die Ukraine ist nicht darunter. Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 wird dem Land jedoch eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. Für Russland ist dieses Versprechen ein Alarmzeichen. In Moskau fürchtet man nämlich die komplette Einkreisung durch die NATO.

NATO-Einheiten im Baltikum – Russland fühlt sich bedroht

In den baltischen Staaten verstärkt die NATO unter Berufung auf den Ukraine-Konflikt ihre Präsenz. In die Armee-Stützpunkte im Baltikum rücken im Wechsel militärische Einheiten aus verschiedenen NATO-Staaten ein. Das bedeutet in den Augen der russischen Führung eine ständige Bedrohung. Dazu kommt: Der gestürzte ukrainische Präsident Janukowitsch hatte die Pläne zum NATO-Beitritt seines Landes auf Eis gelegt. Der prowestlichen Regierung in Kiew, die aus den Parlamentswahlen im Oktober 2014 hervorgegangen ist, wäre nichts lieber als der sofortige Beitritt.

Militärische Anbindung der Ukraine an den Westen

Die Ukraine ist bisher nicht NATO-Mitglied. Doch sie nähert sich militärisch dem Westen. Was in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist: Das Assoziierungs-Abkommen der Ukraine mit der EU enthält eine militärische Komponente. In dem Abkommen heißt es, die Vertragsparteien sollten die schrittweise Annäherung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik fördern - „vor allem mit Blick auf eine Steigerung der ukrainischen

Teilnahme an EU-geführten zivilen und militärischen Krisenmanagement-Operationen sowie an wichtigen Übungen und Manövern einschließlich denen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (der EU).“

Die Ukraine – ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt

Für den Westen, vor allem für die USA, hat die Ukraine eine große geostrategische Bedeutung. Der ehemalige Sicherheitsberater der US-Regierung, Zbigniew Brzezinski, hat 1997 formuliert: „Die Ukraine ... ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt“. Brzezinski ist überzeugt, dass schon die bloße Existenz des Landes bedeutsam ist, im Hinblick darauf, wie sich der Einfluß- und Machtbereich Russlands durch den Westen eingrenzen läßt. „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich. Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ... ihren bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Moskau automatisch die Mittel, ein mächtiges, Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.“

Die Ukraine als Puffer gegen die NATO

Auch aus der Sicht der Führung in Moskau hat die Ukraine strategische Bedeutung. In Russland ist man besorgt über die systematische Ausweitung der NATO nach Osten und noch mehr über die Perspektive, dass auch die Ukraine NATO-Mitglied werden könnte. Nach der militärischen Logik Moskaus soll die Ukraine aber als Puffer dienen - gegen die immer weiter vordringende NATO, die als gegnerisches Bündnis empfunden wird. So lässt sich auch erklären, warum Russland die Separatisten in der Ostukraine unterstützt: Solange in der Ukraine ein ungelöster Konflikt herrscht, scheidet das Land als Kandidat für einen NATO-Beitritt aus.

Auf der Halbinsel Krim liegt Russlands wichtigster und strategisch günstiger Marinehafen am Schwarzen Meer, sowie eine moderne Radarstation zur Warnung vor Raketenangriffen. Die Aufnahme der Ukraine in die NATO würde für Russland bedeuten, diese Stützpunkte zu verlieren. Im Februar 2014 hat die Putschregierung in Kiew als erstes diese Abkommen zur Nutzung der Militäreinrichtungen auf der Krim gekündigt.

Eskalationsgefahr: Der Ukraine-Konflikt droht sich auszuweiten

Die militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine sind für die betroffenen Menschen

schlimm genug. Die Gefahr besteht, dass der Konflikt in der Ukraine nicht auf das Land begrenzt bleibt. Sollten z.B. aus dem Westen in größerem Umfang Waffen an die ukrainische Armee geliefert werden, droht eine Eskalation – die russische Führung könnte dann versucht sein, noch stärker als bisher in der Ukraine militärisch zu intervenieren. Das wiederum würden der Westen bzw. die NATO vermutlich nicht unbeantwortet lassen. Es könnte eine Entwicklung in Gang kommen, die am Ende nicht mehr zu kontrollieren wäre. Das muss unbedingt verhindert werden.

III. Was könnte getan werden? - Mögliche Auswege aus dem Konflikt

Die wichtigsten Schritte auf dem Weg zu einer Entschärfung der Krise könnten so aussehen:

- Die NATO und Russland erklären, dass sie den Konflikt um die Ukraine auf keinen Fall militärisch austragen wollen. Zur Sicherheit werden direkte Kommunikationsverbindungen zwischen der NATO und Russland (rotes Telefon) und ein entsprechender Krisenstab eingerichtet.
- Die NATO erklärt, dass sie nicht beabsichtigt, die Ukraine als Mitglied aufzunehmen. Sie versichert außerdem, auch keine andere Form der Militärkooperation einzugehen.
- Die EU erklärt, dass sie alle Teile des mit Kiew abgeschlossenen Assoziierungsabkommens als ungültig betrachtet, die sich auf militärische Kooperation beziehen.
- Die Ukraine erklärt sich für neutral, wie bereits in der Verfassung von 1996 festgelegt. Die Regierung in Kiew erklärt, dass sich das Land keinem Militärpakt anschließen wird.
- Russland erklärt sich mit der Neutralität der Ukraine einverstanden und versichert, diese dauerhaft zu respektieren. Russland beendet außerdem seine Unterstützung für die Separatisten in der Ost-Ukraine.
- Die NATO zieht ihre Streitkräfte wieder ab, die in ihren Mitgliedsstaaten im Baltikum stationiert sind.
- USA und EU beenden ihrer Sanktionen gegen Russland.
- In der Ukraine wird eine neue Verfassung erarbeitet, in der eine föderale Struktur des Landes mit angemessenen Autonomierechten für Minderheiten festgelegt wird. In der Verfassung wird auch eine Wirtschaftsordnung festgeschrieben, die auf gleichberechtigten Beziehungen der Ukraine zu den Staaten in West und Ost basiert.

- Auf der Krim findet eine neue Volksabstimmung statt. Sie soll entscheiden, ob das Gebiet bei Russland bleibt oder nicht. Dabei wird Russland vorab vertraglich zugesichert, dass das Areal um den russischen Kriegshafen Sewastopol unabhängig vom Ausgang des Referendums exterritoriales Gebiet Russlands bleibt.
- Im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wird über weitere Maßnahmen beraten.

Text: Harald Will (vom April 2015); Redaktion, Ergänzung, Verlinkung: Thomas Rödl

Textquellen:

- Vortrag von Jürgen Wagner, Informationsstelle Militarisierung, am 19.3.2014 in München
- Vortrag von Dr. Karl Grobe-Hagel am 6.2.2015 bei der Münchner Internationalen Friedenskonferenz

http://www.friedenskonferenz.info/pdfs/FK_Brosch_2015_a04kl.pdf S.21 ff

- Dossier VII des Monitoring-Projekts der Kooperation für den Frieden: Der Ukraine-Konflikt (Autoren: Prof. Andreas Buro, Dr. Karl Grobe-Hagel, Clemens Ronnefeldt)
- www.tagesschau.de

<http://www.no-militar.org/index.php?ID=23> zur weiteren Einordnung und Entwicklung seither

Material von 2016: <http://www.no-militar.org/pdfs/Kalter-Krieg-heisser-Krieg-Aufl-4-web.pdf>

Material für Präsentation

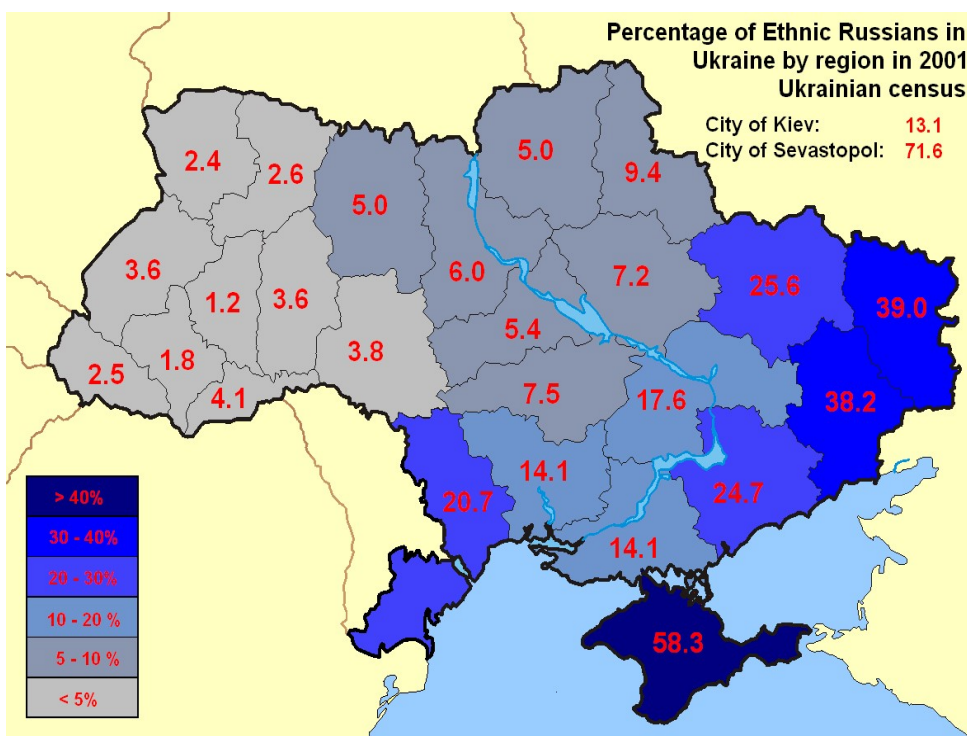


I. Hintergründe zum Ukraine-Konflikt

Krieg in der Ukraine – Gefahr für den Frieden in Europa

- Militärische Auseinandersetzung droht Ukraine auf Dauer zu zerreißen
- Ukraine-Konflikt birgt ein gefährliches Eskalationspotential in sich
- Massive militärische Konfrontation zwischen West und Ost möglich

Orientierung nach West oder Ost – die Ukraine, ein gespaltenes Land



- Ukraine kulturell und sprachlich geteilt: Westen auf Mittel-

und Westeuropa ausgerichtet, Sprache Ukrainisch.

- Osten stark nach Russland orientiert, gängige Sprache Russisch.



Die Ukraine im Widerstreit von Wirtschaftsinteressen

- Ukraine bietet: Rohstoffe, Agrarflächen, Arbeitskräfte, Konsumpotenzial
- Der Westen wie auch Russland möchten Zugriff auf die Region
- Russland hat starke ökonomische Interessen in der Ukraine.

Die Ukraine und EU – eine Annäherung mit Risiken



- 2005: Verhandlungen mit der EU über ein Assoziierungs-Abkommen.
- Ukraine muss ihren Markt für Produkte aus der EU öffnen.
- Ukrainische Industrieprodukte haben in der EU kaum Chancen



Abkommen auf Eis – massive Proteste im Land

- Janukowitsch hat Bedenken gegen das Assoziierungs-Abkommen
- im November 2013 wird das Abkommen auf Eis gelegt
- Entscheidung führt zu massiven öffentlichen Protesten

Hoffnungen auf die EU und Protest gegen ein korruptes Regime



- Die Menschen hoffen auf bessere wirtschaftliche Entwicklung
 - Es geht auch um demokratische Öffnung und Protest gegen Korruption
 - Demonstrationen von unterschiedlichen politischen Kräften getragen
-



Massive Proteste und ein Vermittlungsversuch

- Proteste setzen Janukowitsch unter erheblichen Druck, Lage eskaliert
 - 20./21. Februar: Versuch zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien
 - Ergebnis: Abkommen von ukrainischer Opposition und Regierung
-

Umsturz in Kiew - Janukowitsch wird abgesetzt



- Demonstranten auf dem Maidan lehnen die Vereinbarung ab
 - es kommt zum Umsturz - Janukowitsch wird abgesetzt
 - neue, westlich orientierte Übergangsregierung übernimmt die Macht
-

Bewaffnete auf der Krim



- Ende Februar 2014: auf der Krim werden Regierungsgebäude besetzt
 - Im März: Kämpfer ohne Abzeichen auf der Uniform zu beobachten
 - Moskau streitet zunächst ab, dass es sich um Russen handelt
-

Referendum auf der Krim



- 16.März 2014: Referendum über einen Beitritt der Krim zu Russland
 - Mehrheit stimmt für den Anschluss an Russland
 - Der Westen spricht von einer Annexion und beschließt Sanktionen
-

„Unabhängige Volksrepublik“ in der Ostukraine



- Anfang April 2014: In der Ostukraine werden Verwaltungsgebäude von Separatisten besetzt. „Unabhängige Volksrepublik“ in Donezk
 - Kiew entsendet reguläre Truppen der Armee und Freiwilligenverbände
-

Referendum auch in der Ostukraine



- 11. Mai 2014: Abstimmung in der Ostukraine über Unabhängigkeit
- 25. Mai 2014: Poroschenko wird zum ukrainischen Präsidenten gewählt
- Ende Juni 2014: Assoziierungsabkommen mit der EU wird unterzeichnet.



Verhandlungen in Minsk



- Herbst 2014: Verhandlungen der ukrainischen Konfliktparteien in Minsk
 - 5. September: Einigung auf Waffenruhe und Truppen-Abzug
 - Waffenruhe wird nicht eingehalten, beide Seiten kämpfen weiter.
-



Neuer Anlauf in Minsk

- 11. Februar 2015: Merkel, Hollande, Poroschenko und Putin verhandeln
 - 12. Februar: Einigung auf Waffenruhe ab dem 15. Februar im Donbass
 - Abzug der schweren Waffen, Umsetzung des Minsker Abkommens
-

II. Wer hat welche Absichten? - die Positionen im Ukraine-Konflikt

Die NATO rückt nach Osten vor

2009



- Versprechen 1990: die NATO wird sich nicht nach Osten ausdehnen.
- zahlreiche Staaten Osteuropas werden dennoch NATO-Mitglieder
- Der Ukraine wird im Jahr 2008 eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt.

NATO-Einheiten im Baltikum



- In den baltischen Staaten verstärkt die NATO ihre Präsenz.
- das bedeutet in den Augen Moskaus eine ständige Bedrohung
- prowestliche Regierung in Kiew favorisiert Nato-Beitritt des Landes

Militärische Anbindung der Ukraine an den Westen

- Assoziierungs-Abkommen der Ukraine mit der EU sieht vor: Schrittweise Annäherung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik „vor allem mit Blick auf eine Steigerung der ukrainischen Teilnahme an EU-geführten zivilen und militärischen Krisenmanagement-Operationen sowie an wichtigen Übungen und Manövern einschließlich denen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (der EU).“
-



Die Ukraine – ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt

Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater der US-Regierung, 1997: „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ... ihren bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Moskau automatisch die Mittel, ein mächtiges, Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.“



Die Ukraine als Puffer gegen die NATO



<http://www.no-militar.org/pdfs/Bombenstimmung-neu-2020-web.pdf>

Vgl. die aussagekräftigere Landkarte im Faltblatt „Bombenstimmung“

- Aus der Sicht Moskaus hat die Ukraine strategische Bedeutung
- Nach militärischer Logik soll die Ukraine als Anti-NATO-Puffer dienen
- aus diesem Grund unterstützt Russland die ukrainischen Separatisten

Der Ukraine-Konflikt droht sich auszuweiten



- Gefahr, dass der Konflikt nicht auf die Ukraine begrenzt bleibt
- Im Fall z.B. von Waffenlieferungen aus dem Westen droht Eskalation
- nicht mehr zu kontrollierende Entwicklung könnte in Gang kommen